

BPA II/3

- Anhang -

Erklärung Bulganins zur Frage der in Deutschland zurückgehaltenen Sowjetbürger.

Moskau, 13.9.55. (TASS - dtsh.)

Im vergangenen Krieg wurden aus den zeitweilig okkupierten Gebieten der Sowjetunion von der Hitlerarmee viele Hunderttausende friedliche Sowjetbürger gewaltsam nach Deutschland verschleppt. Die Mehrzahl dieser Sowjetmenschen kam in Lagern, bei Zwangsarbeit in Deutschland um. Nach der Zerschmetterung der Hitlerarmee kehrten die meisten lebendgebliebenen versetzten Sowjetbürger in ihr Heimatland zurück. Ein beträchtlicher Teil wurde jedoch, hauptsächlich in Westdeutschland, zurückgehalten.

Nach vorliegenden Angaben befinden sich auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland bis jetzt mehr als 100 000 solcher Sowjetbürger, die in vielen Fällen als "Staatenlose" bezeichnet werden. Die meisten dieser unglücklichen Menschen, die zwangsweise vom Heimatland und von ihren Familien losgerissen sind, haben keine ständige Arbeit, keine Wohnung, keine Existenzmittel und haben unter schweren Entbehrungen und Nöten zu leiden. Sie befinden sich in fremden Händen in der Lage von rechtlosen und abhängigen Menschen. Es sind auch viele Fälle bekannt, wo versetzte Sowjetbürger, die mit ihrer schweren Lage unzufrieden sind, auf dem Territorium der Deutschen Bundesrepublik im Gefängnis gehalten werden.

Gewisse, der Sowjetunion feindselige Organisationen, betreiben, unterstützt von entsprechenden Behörden, eine böswillige, die Repatriierung hindernde Propaganda und schrecken und terrorisieren diejenigen, die in das Heimatland zurückkehren wollen. Dabei werden dauernd unzulässige Versuche gemacht, diese Personen zu verbrecherischen, politischen Zielen zu missbrauchen.

Wir sind der Auffassung, dass eine solche Lage, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der versetzten Sowjetbürger besteht, anormal ist und den Prinzipien der Humanität und Freiheit der Person zuwiderläuft. Die Sowjetregierung erachtet es für ihre Pflicht, zum Schutze auch jener Sowjetbürger aufzutreten, die sich unter bestimmten Verhältnissen gegenüber ihrem Heimatland nicht gut verhielten. Wir hegen die Hoffnung, dass sie sich bessern und wir werden sie für ihre Vergehen nicht zu strenger Verantwortung ziehen.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Regierungsdelegation der

Bulganin-Erklärung

- 2 -

Bundesrepublik Deutschland darauf und hoffen, dass die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die erforderlichen Maßnahmen treffen und bei der Rückkehr der versetzten Sowjetbürger in ihr Heimatland Beistand leisten wird.\*

2220/stu.-